

Januar 2022

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Regierungszufriedenheit: knapp die Hälfte äußert sich positiv zur Ampel	2
Politikerzufriedenheit: Lauterbach und Scholz am populärsten	3
Sonntagsfrage: kaum Veränderungen über den Jahreswechsel	4
Sorgen vor Ansteckung, Omikron-Variante und medizinischen Engpässen rückläufig.....	5
Zuspruch für strengere Corona-Maßnahmen gegenüber Dezember halbiert.....	6
Zwei Drittel für verkürzte Isolations- und Quarantäne-Zeiten	7
Ansehensverluste für Russland und China, Gewinn für die USA	8
Russland-Ukraine Konflikt: Mehrheit für stärkere Vermittlerrolle europäischer Staaten	9
60 Prozent für Festhalten an Nordstream2	10
Studieninformation	11

Zusammenfassung

Am 8. Dezember letzten Jahres haben SPD, Grüne und FDP ihre Regierungsarbeit im Bund aufgenommen. Die ersten Tage der Ampel-Regierung überzeugt knapp die Hälfte der Bundesbürger, ein gutes Drittel übt Kritik. Jeder Sechste traut sich bislang noch kein Urteil zu. Unmittelbar nach dem Regierungsstart sind Gesundheitsminister Lauterbach und Kanzler Scholz die größten Sympathieträger der neuen Koalition. Ihnen folgen im Bevölkerungsurteil mit deutlichem Abstand FDP-Finanzminister Lindner und Grünen-Vizekanzler Habeck. Alle vier Politiker ziehen erkennbar mehr positive als kritische Stimmen auf sich. Dagegen ist Annalena Baerbock im Amt der Außenministerin weiter mit deutlich negativen Urteilen konfrontiert. Viele Bundesbürger müssen sich von Teilen der neuen Ministerriege erst noch ein Bild verschaffen: Innenministerin Faeser, Umweltministerin Lemke und Justizminister Buschmann sind nur einer Minderheit bekannt. Der designierte CDU-Parteivorsitzende Merz laboriert an keinem Bekanntheitsproblem. Knapp einen Monat vor seiner anstehenden Wahl auf dem CDU-Bundesparteitag äußert sich allerdings nur ein knappes Drittel positiv zu seiner Person, unter den Unions-Anhängern sind es dagegen immerhin sechs von zehn.

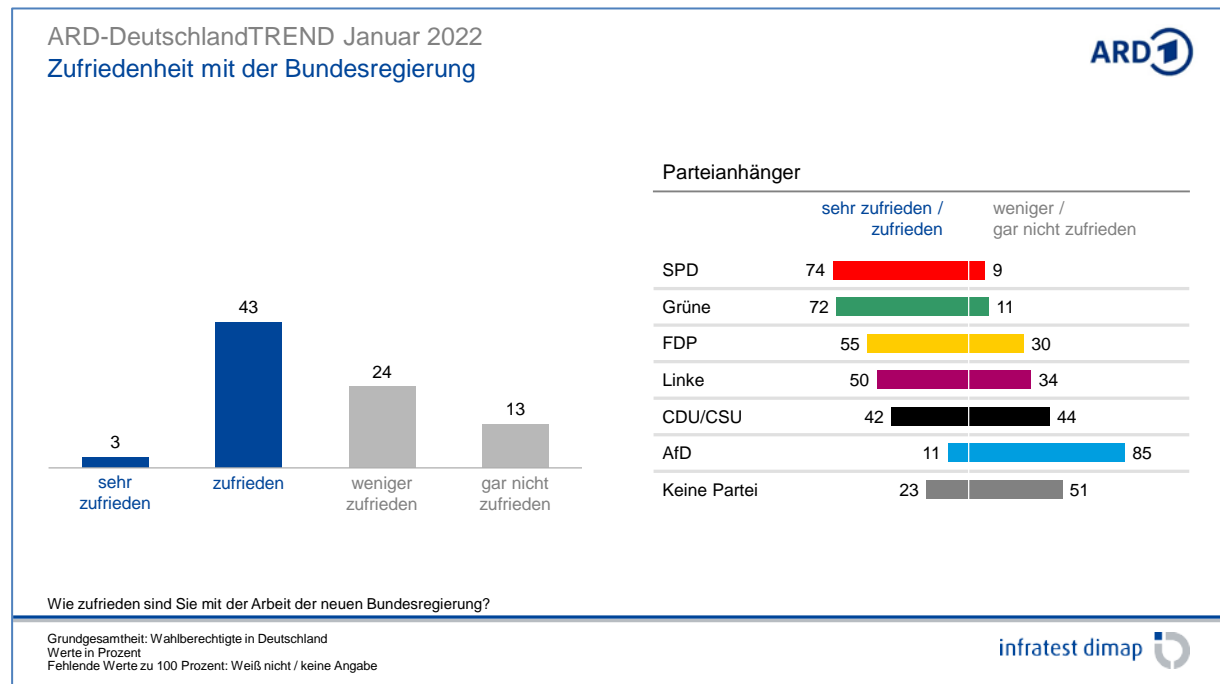
Die politische Stimmung hat sich über den Jahreswechsel kaum verändert. Die SPD hätte bei einer Bundestagswahl derzeit 26 Prozent in Aussicht, 1 Punkt mehr als im Vormonat, während Grüne und Liberale mit 16 Prozent (-1) bzw. 11 Prozent (-1) jeweils nur geringfügig schlechter liegen als Anfang Dezember. Die Union käme wie im Vormonat auf 23 Prozent, die AfD unverändert auf 11 Prozent und die Linke wie gehabt auf 5 Prozent. Alle übrigen Parteien hätten zusammen 8 Prozent (+1) in Aussicht.

Eine zentrale Herausforderung der Politik bleibt auch im neuen Jahr die Eindämmung der Corona-Pandemie. Dass das gesellschaftliche Leben pandemiebedingt erneut in weiten Teilen zurückgefahren werden könnte, bewegt am Beginn des Jahres fast sechs von zehn. Die Sorge vor neuen Varianten wie dem Omikron-Virus treibt in der Bevölkerung allerdings deutlich weniger um als noch Anfang Dezember. Ebenfalls rückläufig ist im Monatsverlauf die Furcht vor Engpässen in der medizinischen Versorgung wie auch die Angst, sich selbst anzustecken. Dies trägt gemeinsam mit den Ende Dezember von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmeanpassungen zu einer veränderten Sicht auf die Corona-Regularien bei. Bewertete Anfang Dezember eine klare Mehrheit die Corona-Maßnahmen als nicht streng genug, sind es mit aktuell 31 Prozent nur noch halb so viele. Vier von zehn halten dagegen die aktuell bestehenden Corona-Auflagen für angemessen, 25 Prozent für übertrieben. Wegen steigender Zahlen der im Krankheitsverlauf weniger schweren, aber hochansteckenden Omikron-Variante wird diskutiert, die Isolations- und Quarantänezeiten für Infizierte und Kontaktpersonen zu reduzieren, auch um Personalausfälle in sensiblen Bereichen zu begegnen. Entsprechende Vorschläge unterstützen jeweils zwei Drittel.

Neben der Corona-Krise steht das neue Berliner Regierungsbündnis vor außenpolitischen Herausforderungen, beispielsweise im Umgang mit Russland oder China. Beide Länder haben in den vergangenen Jahren bei den Bundesbürgern deutlich an Sympathien eingebüßt und werden aktuell nur von jedem Sechsten bzw. weniger als jedem Zehnten als vertrauenswürdige Partner angesehen. Anders sieht die Entwicklung für die USA aus. Die Vereinigten Staaten haben nach Amtsantritt von Präsident Biden verlorengegangenes Vertrauen gutgemacht und gelten ähnlich wie zum Ende der Obama-Präsidentschaft wieder bei knapp sechs von zehn als vertrauenswürdige Partner Deutschlands. In dem zuletzt wieder in den Fokus tretenden Ukraine-Konflikt wünschen sich zwei Drittel der Deutschen eine stärker vermittelnde Rolle der europäischen Staaten. Gespalten bleibt dagegen die Haltung der Deutschen zu Sanktionsverschärfungen und zur russischen Bedrohungswahrnehmung. Ungeachtet des aktuell angespannten deutsch-russischen Verhältnisses favorisieren sechs von zehn, an der umstrittenen Gas-Pipeline Nordstream2 festzuhalten. Mehrheitlich ablehnend zum Projekt äußern sich allein die Anhänger der Grünen.

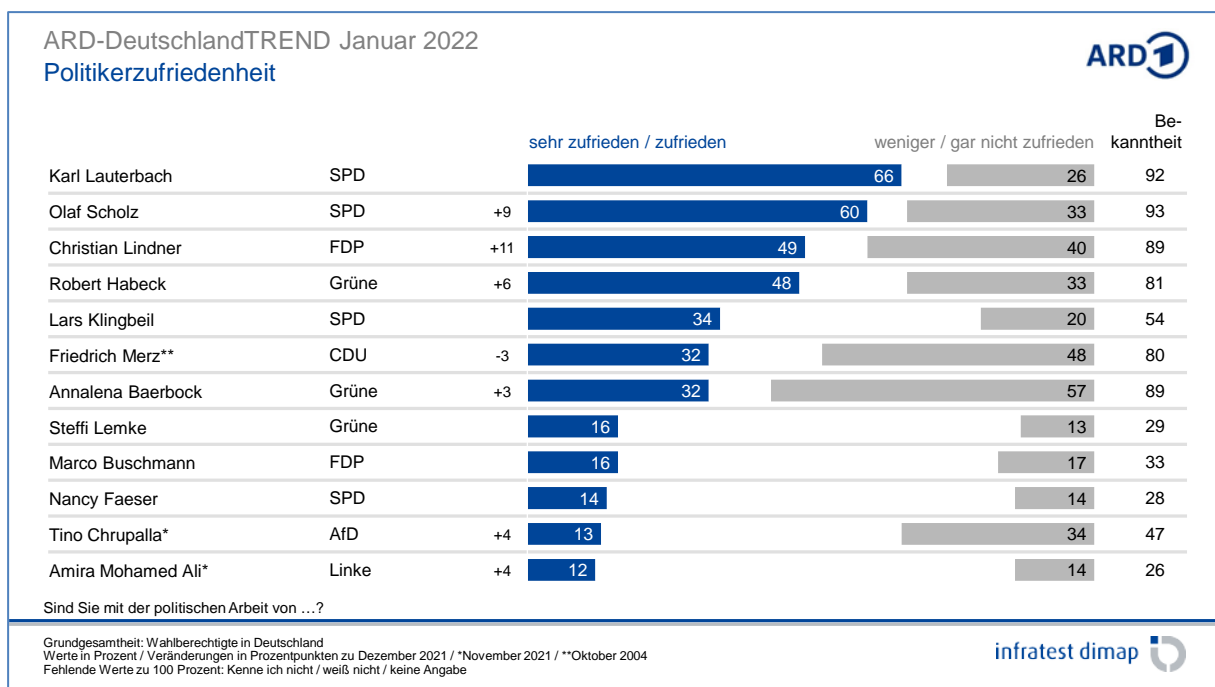
Regierungszufriedenheit: knapp die Hälfte äußert sich positiv zur Ampel

Am 8. Dezember letzten Jahres haben SPD, Grüne und FDP ihre Regierungsarbeit im Bund aufgenommen. Die ersten Tage der Ampel-Regierung überzeugt knapp die Hälfte der Bundesbürger (46 Prozent), ein gutes Drittel (37 Prozent) übt Kritik. Jeder Sechste (17 Prozent) traut sich bislang noch kein Urteil zu. Die Anhänger der Koalitionsparteien sind nicht überraschend überwiegend mit der Arbeit des neuen Bündnisses zufrieden, allen voran die Wähler von Grünen (72 Prozent) und SPD (74 Prozent). Verhaltener fällt der Zuspruch zum Ampel-Bündnis in den Reihen der FDP (55:30 Prozent) aus.



Politikerzufriedenheit: Lauterbach und Scholz am populärsten

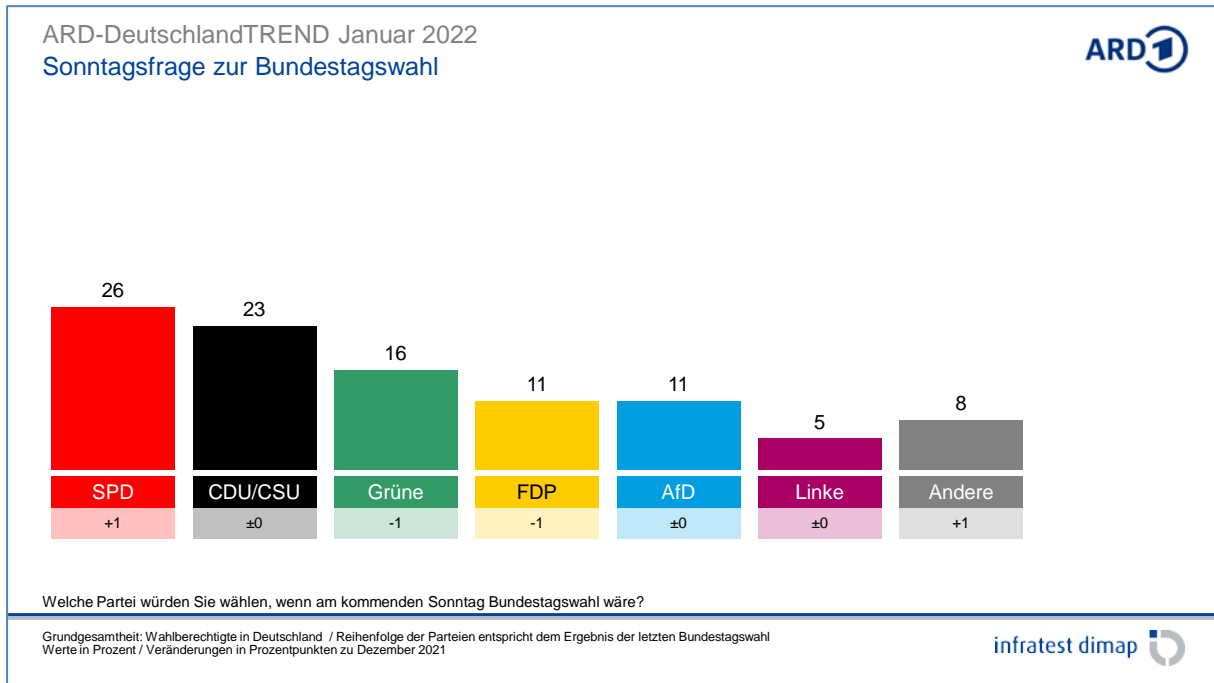
Anfang Dezember haben Kanzler und Kabinettsmitglieder ihre Ernennungsurkunden erhalten. Knapp einen Monat nach dem Regierungsstart sind SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach (66 Prozent) und SPD-Kanzler Olaf Scholz (60 Prozent; +9 zu Dezember) die größten Sympathieträger der neuen Koalition. Ihnen folgen im Bevölkerungsurteil mit erkennbarem Abstand FDP-Finanzminister Christian Lindner (49 Prozent; +11) und Grünen-Vize-Kanzler Robert Habeck (48 Prozent; +6). Alle vier Politiker ziehen mehr positive als kritische Stimmen auf sich. Dagegen ist Annalena Baerbock trotz leichtem Sympathiegewinns (+3) auch im Amt der Außenministerin weiter mit deutlich negativen Urteilen (32:57 Prozent) konfrontiert.



Viele Bundesbürger müssen sich von Teilen der neuen Ministerriege erst noch ein Bild verschaffen: Innenministerin Nancy Faeser, Umweltministerin Steffi Lemke und Justizminister Marco Buschmann sind nur jeweils einer Minderheit bekannt. Der designierte CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz kennt solche Probleme nicht. Knapp einen Monat vor seiner anstehenden Wahl auf dem CDU-Bundesparteitag äußert sich allerdings nur ein Drittel (32 Prozent; -2 zu Oktober 2004) positiv zu seiner Person, von den Unions-Anhängern sind es sechs von zehn (60 Prozent). Wie Merz wird auch der neue SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil von etwa jedem dritten Wahlberechtigten (34 Prozent) positiv bewertet, unter den SPD-Anhängern ist es gut die Hälfte (55 Prozent). Auf den letzten Plätzen im Bevölkerungsurteil landen im Januar die Fraktionsvorsitzenden von AfD und Linken, Tino Chrupalla (13 Prozent; +4 zu November) und die nach wie vor kaum bekannte Amira Mohamed Ali (12 Prozent; +4).

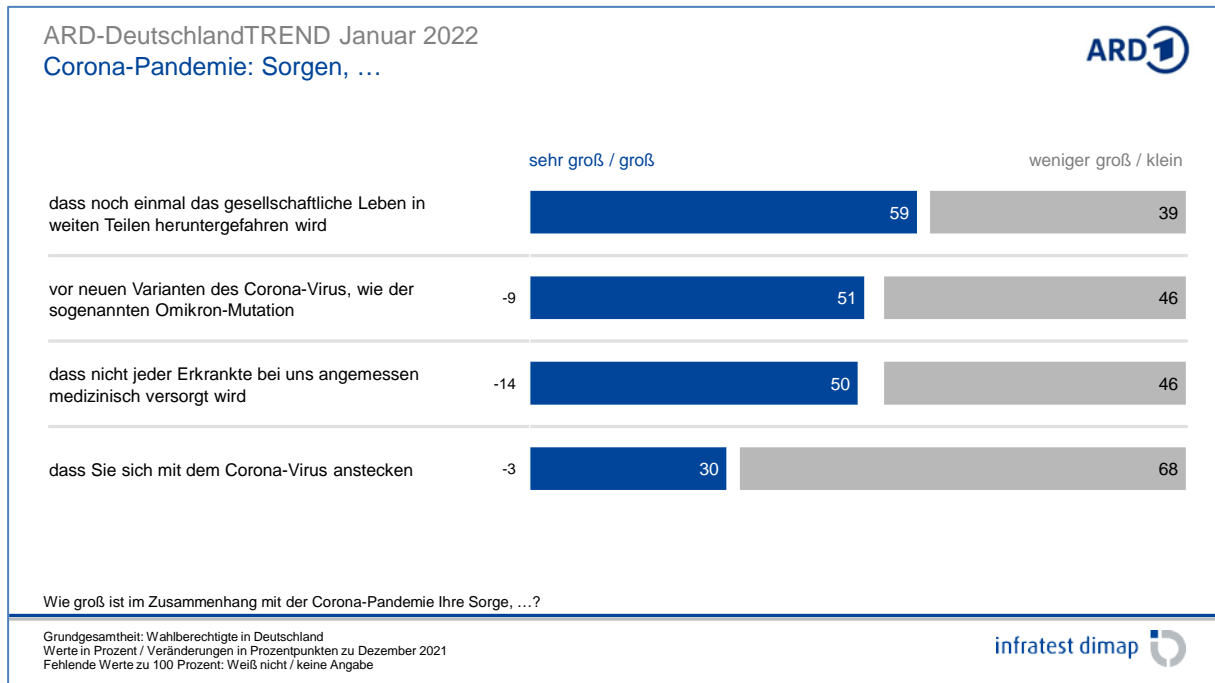
Sonntagsfrage: kaum Veränderungen über den Jahreswechsel

Die politische Stimmung hat sich über den Jahreswechsel kaum verändert. Die SPD hätte bei einer Bundestagswahl derzeit 26 Prozent in Aussicht, 1 Punkt mehr als im Vormonat, während Grüne und Liberale mit 16 Prozent (-1) bzw. 11 Prozent (-1) jeweils nur geringfügig schlechter liegen als Anfang Dezember. Die Union käme wie im Vormonat auf 23 Prozent, die AfD unverändert auf 11 Prozent und die Linke wie gehabt auf 5 Prozent. Alle übrigen Parteien hätten zusammen 8 Prozent (+1) in Aussicht.



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

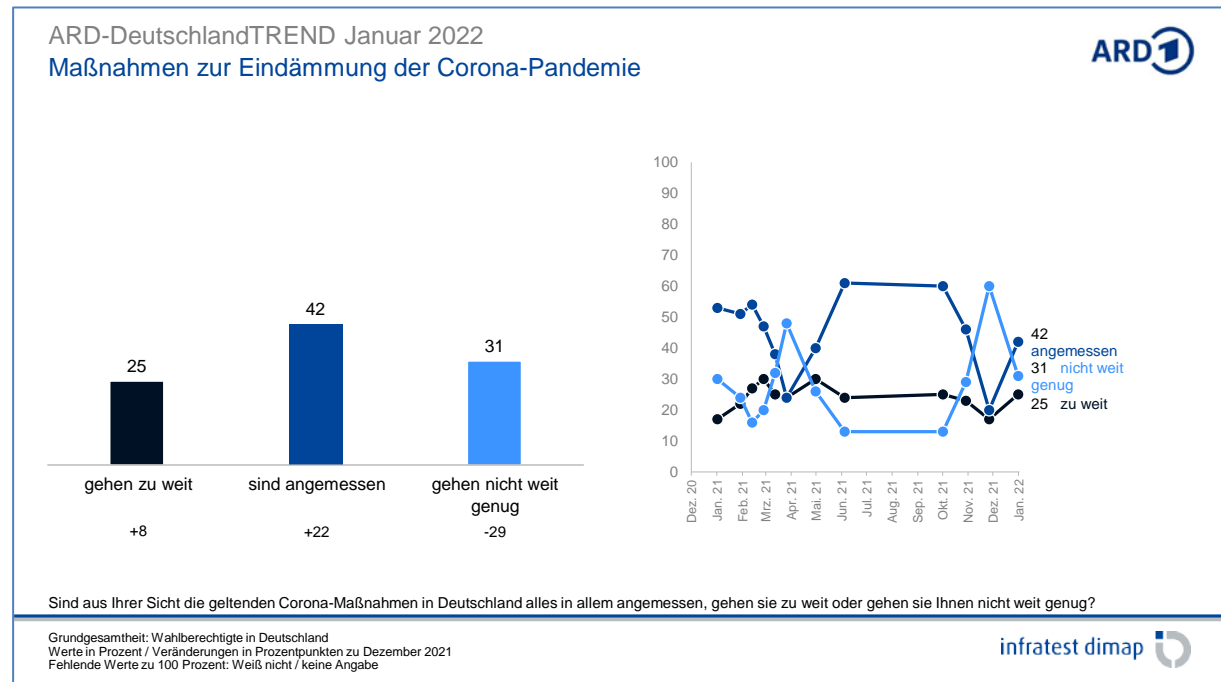
Sorgen vor Ansteckung, Omikron-Variante und medizinischen Engpässen rückläufig



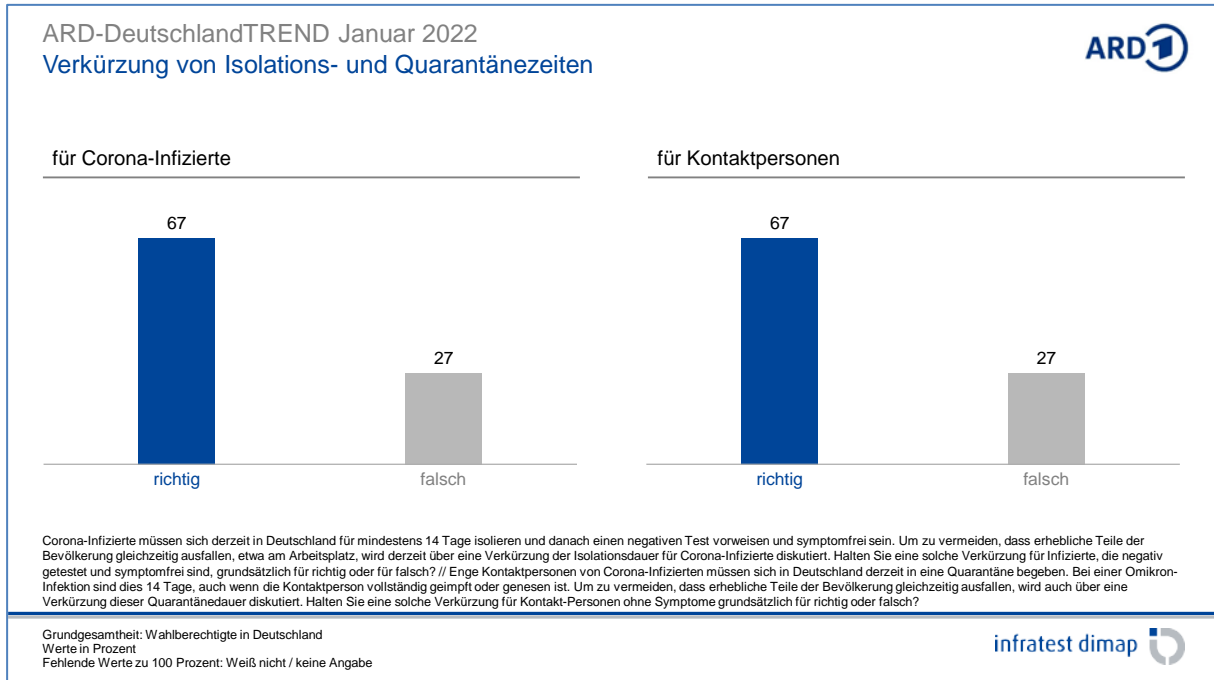
Eine Baustelle der Politik auch im neuen Jahr bleibt die Eindämmung der Corona-Pandemie. Dass das gesellschaftliche Leben pandemiebedingt erneut in weiten Teilen zurückgefahren werden könnte, bewegt am Beginn des Jahres sechs von zehn (59 Prozent). Die Sorge vor neuen Varianten wie dem Omikron-Virus treibt derzeit die Hälfte (51 Prozent; -9) um und damit deutlich weniger als noch Anfang Dezember. Ebenfalls klar rückläufig ist im Monatsverlauf mit 50 Prozent (-14) die Furcht vor Engpässen in der medizinischen Versorgung. Auch die Angst, sich selbst anzustecken, hat mit 30 Prozent zum Vormonat wenn auch nur leicht abgenommen (-3).

Zuspruch für strengere Corona-Maßnahmen gegenüber Dezember halbiert

Die zum Jahreswechsel deutlich rückläufigen Sorgen vor der neuen Omikron-Variante und möglichen medizinischen Engpässen tragen gemeinsam mit den Ende Dezember von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmeanpassungen zu einer veränderten Sicht auf die Corona-Regularien bei. Bewertete Anfang Dezember eine klare Mehrheit der Bundesbürger die Corona-Maßnahmen als nicht streng genug, sind es mit aktuell 31 Prozent (-29) nur noch halb so viele. 42 Prozent (+22) halten dagegen die derzeit aktuellen Corona-Auflagen für angemessen, 25 Prozent (+8) für übertrieben.



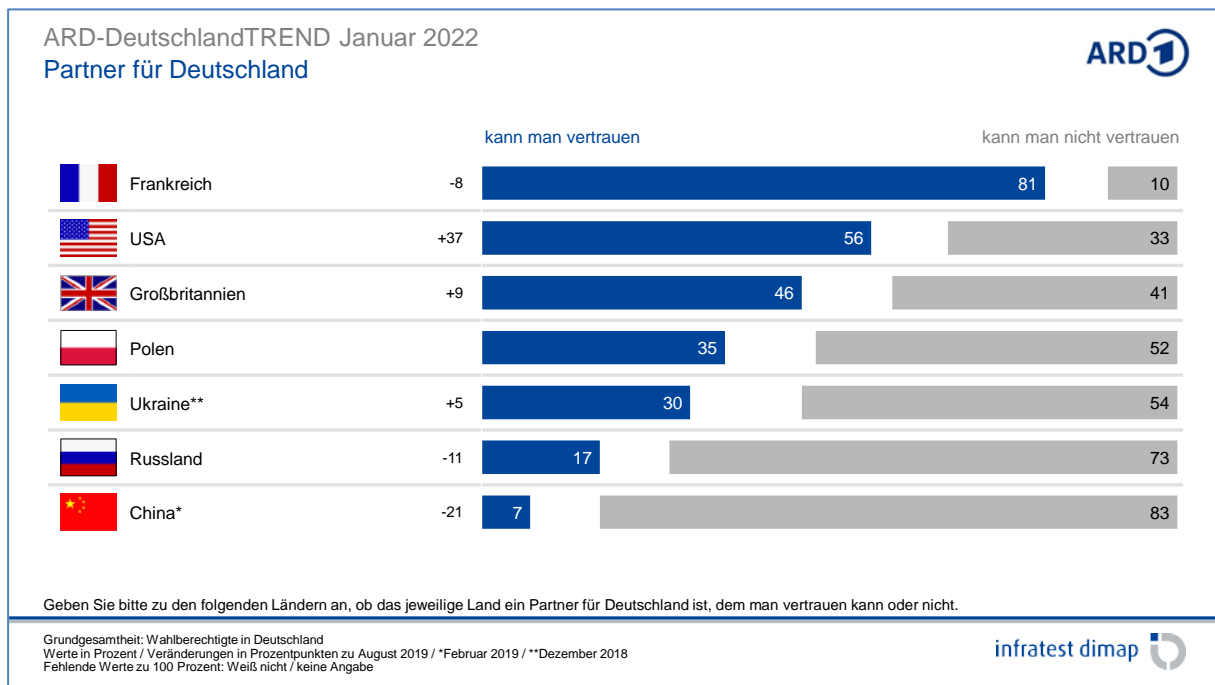
Zwei Drittel für verkürzte Isolations- und Quarantäne-Zeiten



Wegen steigender Zahlen der im Krankheitsverlauf weniger schweren, aber hochansteckenden Omikron-Variante des Corona-Virus wird diskutiert, die Isolations- und Quarantänezeiten für Infizierte und Kontaktpersonen zu reduzieren, auch um Personalausfälle in sensiblen Bereichen zu begegnen. Entsprechende Vorschläge unterstützen jeweils zwei Drittel (67 Prozent) der Bundesbürger.

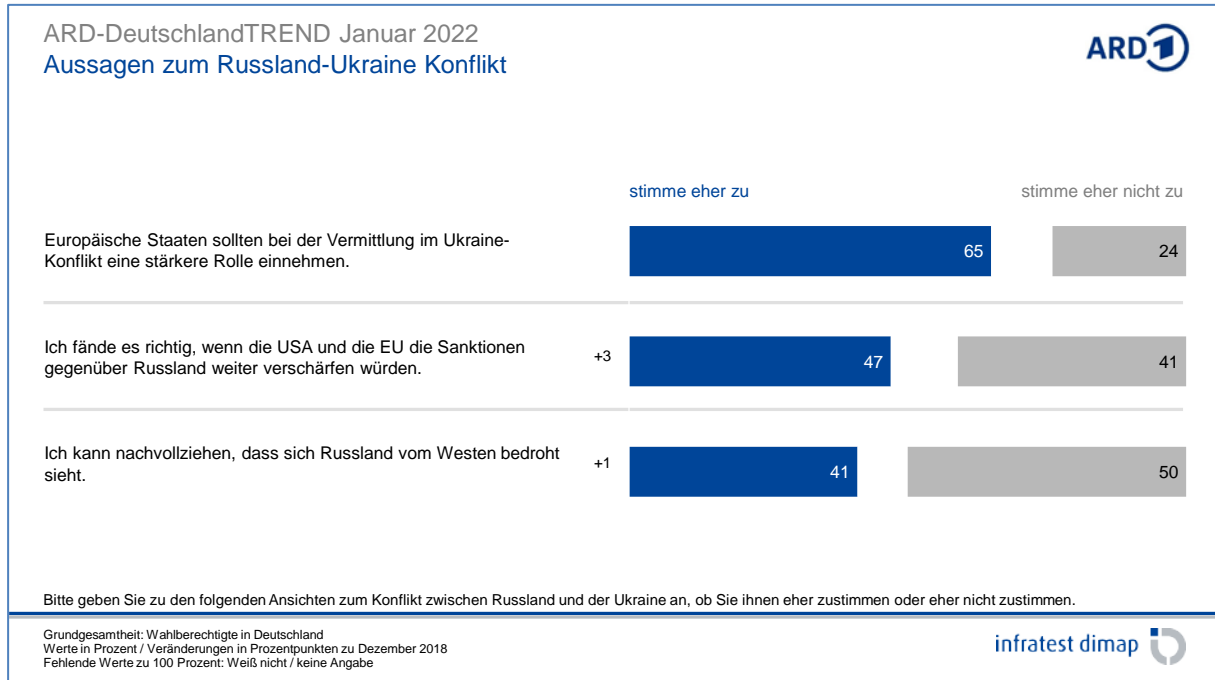
Ansehensverluste für Russland und China, Gewinn für die USA

Neben der Corona-Krise steht das neue Regierungsbündnis vor erheblichen außenpolitischen Herausforderungen, beispielsweise im Umgang mit Russland oder China. Beide Länder haben in den vergangenen Jahren bei den Bundesbürgern deutlich an Sympathien eingebüßt und werden aktuell nur von jedem Sechsten (Russland: 17 Prozent; -11 zu August 2019) bzw. weniger als jedem Zehnten (China: 7 Prozent; -21 zu Februar 2019) als vertrauenswürdige Partner Deutschlands angesehen. Anders sieht die Entwicklung für die USA aus. Die Vereinigten Staaten haben nach dem Amtsantritt von Präsident Biden bei den Bundesbürgern verlorengegangenes Vertrauen gutgemacht und gelten ähnlich wie unmittelbar vor Ende der Obama-Präsidentschaft wieder bei sechs von zehn (56 Prozent; +37) als Partner, dem man vertrauen kann. Trotz leichter Ansehensverluste bleibt aus Sicht der Bundesbürger Frankreich mit Abstand der verlässlichste Partner Deutschlands (81 Prozent; -8). Großbritannien (46 Prozent; +9) hat seit 2019 zwar Ansehen zurückgewonnen, wird aber nach wie vor seltener als vertrauenswürdiger Partner anerkannt als vor dem Brexit.



Anders als Frankreich wird Polen als großer Nachbar im Osten auch mehr als drei Jahrzehnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nur von einem guten Drittel (35 Prozent) der Bundesbürger als vertrauenswürdiger Partner Deutschlands wahrgenommen. Noch hinter diesem Urteil zurück steht die Ukraine. Mit 30 Prozent fällt das Vertrauen der Deutschen in die Ukraine mittlerweile jedoch fast doppelt so groß aus wie das in Russland.

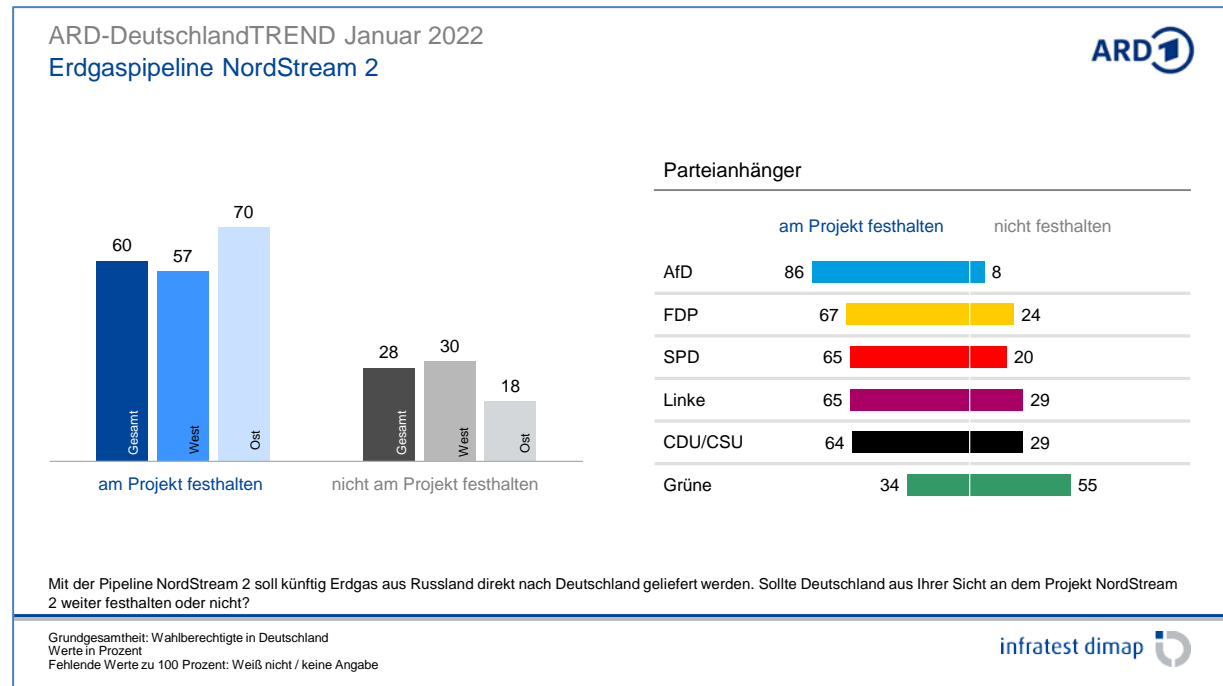
Russland-Ukraine Konflikt: Mehrheit für stärkere Vermittlerrolle europäischer Staaten



In dem zuletzt wieder in den Fokus tretenden Russland-Ukraine-Konflikt wünschen sich zwei Drittel der Deutschen (65 Prozent) eine stärker vermittelnde Rolle der europäischen Staaten. Gespalten bleibt dagegen die Haltung der Deutschen zu Sanktionsverschärfungen und zur russischen Bedrohungswahrnehmung. Nach wie vor ist knapp jeder Zweite (47 Prozent; +3 zu 2018) offen für härtere Sanktionen gegenüber Russland, gut vier von zehn (41 Prozent) sind es dagegen nicht. Während 41 Prozent (+1) Verständnis äußern, dass sich Russland vom Westen bedroht fühlt, kann jeder Zweite (50 Prozent) das russische Bedrohungsgefühl nicht nachvollziehen. Nach wie vor stoßen Sanktionsverschärfungen gegenüber Russland in Ostdeutschland eher auf Ablehnung (32:55 Prozent). Zugleich wird im Osten der Republik (47 Prozent) die russische Bedrohungsperspektive erkennbar häufiger geteilt als im Westen (40 Prozent).

60 Prozent für Festhalten an Nordstream2

Ungeachtet des aktuell angespannten deutsch-russischen Verhältnisses favorisieren sechs von zehn (60 Prozent), an der umstrittenen Erdgas-Pipeline Nordstream2 festzuhalten. Größtenteils ablehnend äußern sich zum Projekt allein die Anhänger der Grünen (34:55 Prozent). Generell findet Nordstream2 in Ostdeutschland (70 Prozent) einen deutlich größeren Rückhalt als im Westen der Republik. Aber auch in den alten Bundesländern überwiegt der Zuspruch zur Ostsee-Pipeline (57:30 Prozent).



ARD–DeutschlandTREND Januar 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Claudia Müller	0221 220-1800
Redakteurin WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.325 Befragte (866 Telefoninterviews und 459 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rück Erinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	03. bis 05. Januar 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0